

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 10

Buchbesprechung: Literatur

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

hat vielleicht jene Sätze seines Vorgängers John F. Kennedy gelesen, der stolz darauf war, viele politische Bücher gelesen und geschrieben zu haben, jene Sätze, die er in Dallas hatte sprechen wollen: «Und schliesslich sollte spätestens jetzt klar sein, dass eine Nation nach aussen nicht stärker sein kann als im Innern. Nur ein Amerika, das selbst praktiziert, was es über Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit predigt, wird von jenen respektiert, deren Entscheidungen unsere Zukunft beeinflussen können.»

Literatur

Lenins Machtergreifung

Die Oktoberrevolution

Anfang Oktober 1917 erklärte Lenin, immer noch in seinem finnländischen Versteck, Russland müsse «im Interesse der Armen gegen die Reichen» von ungefähr 240 000 Mitgliedern der Bolschewistischen Partei regiert werden, ebenso wie es unter dem Zarismus «von 130 000 Grundbesitzern» regiert worden war. Ebenso betonte er: «Unsere Partei erstrebt, wie jede andere politische Partei, die politische Herrschaft für sich.» Lenin machte also kein Hehl daraus, dass er nicht die Rätemacht, sondern die Parteimacht anstrebte. Diese Äusserungen wurden aber nicht ernst genommen, man betrachtete sie nur als Ergüsse eines angeblich weltfremden Theoretikers.

Am 23. Oktober wählte das bolschewistische Zentralkomitee zum erstenmal ein «Politisches Büro». Es bestand aus sieben Parteiführern, unter ihnen Lenin, Trotzki, Stalin, Sinojew und Kamenew. Drei Tage später beschloss dieses «Politbüro» die Schaffung eines bolschewistischen Aufstandskomitees unter dem Titel «Revolutionäres Militärikomitee». Die Parteispitze verfügte damit über einen technischen Hebel zur Durchführung des Staatsstreiches.

Nach aussen hin wurde dieses «Revolutionäre Militärikomitee», das nur 14 Tage zur Durchführung seiner Aufgabe vor sich hatte, als harmlose Angelegenheit hingestellt. Angeblich sollte es sich mit der Abwehr eventueller gegenrevolutionärer Verschwörungen und mit der Überwachung von Truppentransporten befassen. Zu diesem Zweck war es auch scheinbar «überparteilich», in Wirklichkeit sassen sichere Bolschewiken an allen Schlüsselpunkten.

Strenge Geheimhaltung

Alle technischen Vorbereitungen zur Durchführung der Machtergreifung wurden bei strengster Geheimhaltung getroffen. Nicht nur die andern

in den Arbeiter- und Soldatenräten vertretenen Parteien, sondern auch die eigene Bolschewistische Partei wurde auf diese Weise getäuscht. Die bolschewistische Parteiführung forderte öffentlich weiter die Einberufung einer Konstituierenden Nationalversammlung. Zu gleicher Stunde erklärte Lenin in geheimer Sitzung vor dem Zentralkomitee: «Es ist sinnlos, die Konstituante abzuwarten, die offensichtlich nicht mit uns sein wird.» Er drängte auf einen Staatsstreich vor Einberufung der Nationalversammlung und auch vor der Konstituierung des Rätekongresses. Lenin betrachtete schon damals allgemeine Parlamentswahlen in Russland als Hindernis für die Durchführung seiner Pläne. Um eventuellen Parlamentswahlen zuvorkommen, wurde in der letzten Oktoberwoche in einer weiteren Geheimsitzung des Zentralkomitees (ZK) «die sofortige Vorbereitung des Aufstandes» beschlossen.

Dagegen stimmten allerdings im ZK zwei führende Bolschewiken: Sinowjew und Kamenew. Auch zahlreiche andere bolschewistische Funktionäre waren auf eine gewaltsame Machtergreifung gegen den Willen der Volksmehrheit nicht gefasst und zögerten vor den Konsequenzen. Ende Oktober, acht Tage vor dem Staatsstreich, meldeten die Vertrauensleute aus den wichtigsten Arbeiterbezirken, eine bolschewistische Gewaltaktion sei keineswegs populär.

Lenin drängte seine Parteigenossen nun noch entschiedener zur Aktion: «Es handelt sich darum, der Partei die Aufgabe klarzumachen, den bewaffneten Aufstand in Petrograd und Moskau (mit Provinz), die Eroberung der Macht, den Sturz der Regierung auf die Tagesordnung zu setzen. Man muss überlegen, wie dafür agitiert werden kann, ohne das in der Presse zum Ausdruck zu bringen.»

Aus diesem Geheimbrief und anderen ähnlichen Dokumenten geht hervor, dass Lenin nicht so sehr die Arbeiterschaft als vielmehr seine eigenen Leute für seinen Staatsstreich zu gewinnen suchte, wobei die Öffentlichkeit von diesen Vorbereitungen nichts bemerken sollte; daher die Weisung, die Aufstandspropaganda nicht in der bolschewistischen Presse zum Ausdruck zu bringen. In einem anderen Geheimbrief Lenins heisst es: «Keine Zeit mit Resolutionen vergeuden, sondern die ganze Aufmerksamkeit der militärischen Vorbereitung . . . für den bevorstehenden Sturz Kerenskis widmen. Es muss ein Geheimkomitee aus zuverlässigen Militärpersonen gebildet werden . . .»

Alle technischen Einzelheiten wurden dabei von Lenin genau in Betracht gezogen, so beispielsweise die Besetzung von Telephon- und Telegraphenämtern, Bahnhöfen und Brücken.

Opposition im Zentralkomitee

Die Widerstände Sinowjews und Kamenews innerhalb des Zentralkomitees brachten Lenin nahezu in Zorn; er befürchtete, dass die geheimen Vor-

bereitungen nun bekannt werden könnten und damit «die Sache verpatzt» sei, die Revolution «verpfuscht» und der Aufstand «verraten». Die beiden alten Bolschewiken und jahrelangen Mitarbeiter und Freunde wurden von Lenin jetzt zu «Feiglingen» und «Verrätern» gestempelt.

Aus seinen Verstecken in Finnland und in Petrograder Vororten bombardierte Lenin das ZK mit Briefen, Anweisungen, Appellen, Entschlüsse, Thesen, Artikeln und Abhandlungen, Warnungen und Drohungen, zum Teil unter falschen Namen oder als angeblich «Aussenstehender» und mit konspirativen Anweisungen, wie «streng geheim», «nur in geschlossener Versammlung verlesen» oder «nach dem Lesen verbrennen». Lenin blieb bis zum 7. November der unsichtbare Verschwörer mit einem bis zur letzten Minute unsichtbaren Ziel: dem Staatsstreich. Ein Grossteil dieser Manuskripte wurde erst mehrere Jahre nach der Machtergreifung veröffentlicht.

Sinowjew und Kamenew begründeten ihre Befürchtungen mit folgenden Worten: «Wir sind aufs tiefste überzeugt, dass jetzt den bewaffneten Aufstand zu erklären bedeutet, das Schicksal nicht nur unserer Partei, sondern auch der russischen und internationalen Revolution aufs Spiel zu setzen. Man sagt, erstens, für uns sei schon die Mehrheit des Volkes in Russland, und, zweitens, für uns sei die Mehrheit des internationalen Proletariats. Leider ist weder das eine noch das andere wahr, und das ist der springende Punkt.» Kamenew sagte ferner vor dem Zentralkomitee acht Tage vor dem Aufstand: «Hier kämpfen zwei Taktiken: die Taktik der Verschwörung und die Taktik des Glaubens an die Triebkräfte der Russischen Revolution.» Ein Teil der Bolschewiken zögerte mit einem Gewaltstreich gegen die demokratische Mehrheit des Landes und verlangte die Vorbereitung wirklicher Parlamentswahlen sowie die Einberufung des gesamtrussischen Rätekongresses.

Lenin erwiderte zornentbrannt: «Den Rätekongress abzuwarten ist Idiotie, denn dieser Kongress wird nichts ergeben und kann nichts ergeben.» Lenin wusste, dass seine Partei damals auf dem gesamtrussischen Rätekongress ebenso wie in einer eventuellen Nationalversammlung in der Minderheit war und wollte sich auf «demokratisch-parlamentarische Experimente» nicht erst einlassen.

Lenin droht mit dem Austritt

Das Eisen sollte geschmiedet werden, solange es heiss war. Nicht Volksabstimmungen, sondern die schlagartige Aktion einer bewaffneten Minderheit sollte den weiteren Verlauf der Ereignisse entscheiden.

Lenin: «Wir haben in Petrograd Tausende von bewaffneten Arbeitern und Soldaten, die mit einem Schlage den Winterpalast, den Generalstab, die Telephonzentrale und alle grossen Druckereien besetzen können: Wir sind dann nicht mehr zu vertreiben, und in der Armee wird eine solche Agita-

tion einsetzen, dass es nicht möglich sein wird, gegen diese Regierung des Friedens, des Landes für die Bauern usw. zu kämpfen. Wenn wir auf einmal plötzlich von drei Stellen losschlagen, in Petrograd, Moskau und der baltischen Flotte, so sind 99 Prozent Chancen dafür, dass wir mit geringeren Opfern, als der 4. Juli gekostet hat, siegen werden, denn die Truppen werden nicht gegen die Regierung des Friedens marschieren.» Immer noch schreckte das bolschewistische Zentralkomitee vor den Folgen eines derartigen Handstreiches zurück. Lenin drohte daraufhin mit dem «Austritt aus dem ZK» und mit der Parteispaltung. Nun endlich beugte sich das ZK und beschloss die Machtergreifung für Anfang November.

Der Aufstandsbeschluss wurde also nicht einmal von der Bolschewistischen Partei gefasst, sondern von einem Teil des Zentralkomitees. Lenin: «Sinowjew hat die Schamlosigkeit, zu behaupten, die Partei sei nicht befragt worden, und solche Fragen könnten nicht von zehn Leuten entschieden werden. Bis zum Parteitag entscheidet das Zentralkomitee. Das Zentralkomitee hat entschieden.»

Trotz strenger Geheimhaltung entstanden Ende Oktober Gerüchte, laut denen die Bolschewiken einen Gewaltstreich planten. Trotzki dementierte daraufhin – fälschlicherweise – acht Tage vor dem Staatsstreich: «Weder die Bolschewiken noch der Petrograder Sowjet haben für die nächsten Tage einen Aufstand vorbereitet oder irgendwelche bewaffneten Aktionen angesetzt.»

Letzte Vorbereitungen

Am 3. November wurde der Staatsstreich für vier Tage später beschlossen. Das «Revolutionäre Militärkomitee» fixierte den 7. November als Stichtag, weil an diesem Tag die Delegierten der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte aus ganz Russland zum Zweiten Rätekongress nach Moskau kamen. Sie sollten vor vollzogene Tatsachen gestellt werden. Der 8. November wäre laut Lenin für die bolschewistische Machtergreifung bereits «zu spät» gewesen, «weil eine grosse konstituierte Versammlung schwerlich rasche und entscheidende Massnahmen treffen kann». Mit anderen Worten, er traute dem Rätekongress ebensowenig wie der Konstituierenden Versammlung.

Laut John Reed sagte Lenin am 3. November: «Der 6. November ist zu früh. Wir benötigen für die Erhebung eine allrussische Basis, und am 6. werden noch nicht alle Delegierten auf dem Kongress erschienen sein. Der 8. November wäre dagegen zu spät. Bis dahin wird sich der Kongress konstituiert haben, und für eine umfangreiche Körperschaft ist es schwer, schnell und entscheidend zu handeln. Wir müssen am 7. in Aktion treten, wenn der Kongress zusammentritt . . .»

Tatsächlich drängte Lenin am 6. 11., man müsse «um jeden Preis heute abend, in der Nacht, die Regierung Kerenski verhaften . . . Man darf nicht

warten!! Man kann alles verlieren!!» Alles war auf einen Tag, auf wenige Stunden berechnet. Die führenden Bolschewiken waren sich einig darüber, dass sie nur in diesem Augenblick die Macht an sich reissen konnten. So sagte auch Trotzki: «Wenn wir die Macht nicht im Oktober (November nach westlicher Zeitrechnung) ergriffen hätten, dann hätten wir sie überhaupt nicht ergriffen.»

Wenige Stunden vor der Machtergreifung veröffentlichte das «Revolutionäre Militärkomitee» einen Aufruf, in welchem vor einer angeblichen rechtsradikalen Gefahr gewarnt wurde. «Verdächtige Elemente» seien festzunehmen und in die bolschewistischen Kasernen einzuliefern. In dem gleichen Aufruf heisst es: «Bürger, wir rechnen mit Eurer Ruhe und Eurem kalten Blut. Die Sache der Ordnung und der Revolution ist in guten Händen.»

Ein genauer Plan zur Besetzung Petrograds war ausgearbeitet worden. Die bolschewistische Aufstandsleitung stützte sich hauptsächlich auf 25 000 Kronstädter Matrosen. Petrograd wurde von bolschewistischen Truppen umstellt, alle wichtigen Punkte wurden besetzt. In einem bolschewistischen Flugblatt, das schon vor der Machtergreifung verfasst war, aber erst unmittelbar nachher verbreitet wurde, heisst es: «Bürger Russlands, die Provisorische Regierung ist abgesetzt. Die Macht ist in die Hände des Revolutionären Militärkomitees, Organ des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendelegierten Petrograds, übergegangen, das an der Spitze des Proletariats und der Petrograder Garnison steht.» Diese Darstellung entsprach insofern den Tatsachen, als weder die Arbeiter, noch die Soldaten, noch deren Räte die Macht an sich gerissen hatten, sondern «ein Komitee», das hier als «Organ des Sowjets» bezeichnet wird, in Wirklichkeit aber der verlängerte Arm der bolschewistischen Parteiführung war.

Am Abend des 6. November traf Lenin um 22.45 Uhr im Petrograder Hauptquartier der Bolschewistischen Partei ein, immer noch verkleidet, bartlos, mit Perücke, als Arbeiter namens Iwanow getarnt. Seit Juli hatte er sich in Finnland und in der Umgebung von Petrograd versteckt gehalten.

Die Machtergreifung

Der Staatsstreich funktionierte tadellos. Alle strategischen Punkte wurden, dem Plan des Revolutionären Militärkomitees entsprechend, von bolschewistenfreundlichen Truppen besetzt. Trotzki, Chef der technischen Operation, konstatierte nachher, es habe weder Demonstranten, noch Strassenkämpfe, noch Barrikaden, noch sonst irgend etwas, «was in den gewohnten Begriff des Aufstandes fällt», gegeben.

Um Mitternacht forderte das bolschewistische Militärkomitee von der Ostseeflotte Kriegsschiffe an. Der 7. November begann um 1 Uhr früh mit der Besetzung des Hauptpostamtes durch die bolschewistische Rote Garde. Um 2 Uhr wurden der Nikolajewski-Bahnhof, der Ostseebahnhof, das Elek-

trizitätswerk und andere Schlüsselpunkte besetzt. Um 3 Uhr traf die erste Matrosenabteilung der Ostseeflotte ein, eine halbe Stunde später erschien der Kreuzer Aurora und richtete seine Kanonen auf den Winterpalast. Um 6 Uhr früh wurde die Staatsbank besetzt, um 7 Uhr das Telephonamt. Die militärischen Aktionen wurden den ganzen 7. November hindurch fortgesetzt, Kronstädter Matrosen landeten massenweise mitten in der Stadt.

Wirklich gekämpft wurde jedoch nur um den Winterpalast. Nur hier standen noch regierungstreue Soldaten, vor allem Offiziersschüler und ein Frauenbataillon. Die alte Zarenresidenz, jetzt Sitz der Kerenski-Regierung, wurde von allen Seiten umzingelt, die Brücken wurden von bolschewistischen Truppen besetzt, Kriegsschiffe richteten ihre Kanonen auf die Festung. In dieser verzweifelten Lage verliess Kerenski den Palast in der Absicht, von der Front Truppen zur Verteidigung des Regimes zu holen. Er fand keine mehr. Kerenskis Anhänger kapitulierten in den ersten Stunden des 8. November.

Der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat trat am 7. November zusammen, zunächst ohne Informationen über den unerwarteten bolschewistischen Staatsstreich. Der Zweite gesamt russische Sowjetkongress begann erst am Abend des gleichen Tages. Die Bolschewiken hatten diesmal die knappe Mehrheit, die in den folgenden Stunden, nach dem demonstrativen Auszug der Sozialrevolutionären und menschewistischen Sozialdemokraten, noch stärker werden sollte. Die Delegierten der Sozialrevolutionären und der Menschewiken verliessen den Kongress zum Protest gegen den Staatsstreich. Zurück blieben mit den Bolschewiken nur noch 180 linke Sozialrevolutionäre, 35 linksgerichtete Menschewiken (Internationalisten) und etwa 30 Anarchisten und Parteilose.

Das Protokoll des 2. Rätekongresses ist unvollständig. Der Kongress verlief unter chaotischen Umständen. Während der Debatten fanden in nächster Nähe Strassenkämpfe statt. Man hörte Gewehrfeuer und Kanonen donner. Der erste Bürgerkrieg zwischen sozialistischen Parteien hatte begonnen.

Die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre waren auf den bewaffneten Angriff der Bolschewiken nicht vorbereitet und hatten grosse Mühe, dieses neue Ereignis überhaupt zu begreifen. So sagte der Sozialdemokrat Liber auf dem Rätekongress: «Trotzki ist ein sozialdemokratischer Theoretiker und kann nicht wirklich glauben, was er jetzt verteidigt.» Liber wurde ebenso wie andere menschewistische Redner von den bolschewistischen Delegierten niedergeschrien und mit dem Hinauswurf bedroht.

Der Sozialdemokrat Martow warnte: «Unsere Brüder werden auf der Strasse ermordet. In diesem Augenblick ist man, noch vor Eröffnung des Rätekongresses, im Begriff, die Machtfrage durch ein militärisches Komplott zu lösen.» Martow verlangte die sofortige Einstellung des «Bruderkrieges» und fand damit zuerst im Rätekongress Zustimmung. Dann setzte

sich aber unter dem Eindruck der Ereignisse die bolschewistische Strömung durch.

Die linksgerichteten Menschewiken (Internationalisten) sowie der linke Flügel der Sozialrevolutionäre befanden sich in einer besonders schwierigen Lage; sie waren gegen das Kerenski-Regime, verurteilten aber auch die Methoden der Bolschewiken. Eine Zeitlang wurden sie von den Bolschewiken ins Schlepptrai genommen, dann aber um so härter verfolgt.

Der Kongress hatte unter dem Vorsitz des Menschewiken Dan begonnen, der nach einigen Stunden vom Bolschewiken Kamenew abgelöst wurde. Während der Zweite Rätekongress ausweglos debattierte und keinerlei wirksame Beschlüsse fassen konnte – denn die tatsächlichen Änderungen waren ja schon vorher ausserhalb des Rätekongresses und ohne sein Wissen vollzogen worden –, begannen die bolschewistische Miliz und die «Rote Garde» in Petrograd bereits mit den ersten Verhaftungen und mit der Besetzung der öffentlichen Gebäude. Die Zeitung der Petrograder Bolschewiken verkündete in einem Leitartikel Sinowjews: «Alle Macht den Räten der Arbeiter, Soldaten und Bauern! Frieden, Brot, Land!» Kamenew erklärte in einem Interview: «Es bleibt noch viel zu tun. Wir haben erst begonnen.» Trotzki erklärte: «Wir werden eine Regierung bilden, deren einziges Ziel die Befriedigung der Bedürfnisse der Soldaten, Arbeiter und Bauern sein wird.» Zugleich gab er zu, dass mit dem Staatsstreich dem Willen des Rätekongresses «vorgegriffen» wurde. Die Würfel waren gefallen.

Aus «Oktober 1917», einem Buch von Georg Scheuer, das im Oktober dieses Jahres im Verlag für Literatur und Zeitgeschehen (Hannover) erscheint.

Blick in die Zeitschriften

Fragwürdige Urteile in Ost und West

Mitten in einer Zeit, in der Beweise für Liberalisierungstendenzen einander folgten, platzte anfangs September 1965 die Nachricht von der Verhaftung der beiden sowjetischen Schriftsteller Sinjawska und Daniel. Bereits im Februar des folgenden Jahres wurden die beiden wegen Verbreitung «staatsgefährdender» Schriften im Ausland zu sieben beziehungsweise fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. In der Monatsschrift «ost-europa», Nummer 7, gibt nun Laszlo Tikos einen ausführlichen Überblick über Leben und Werk der beiden Verurteilten. Einer der wichtigsten Vorwürfe gegen Sinjawska und Daniel ist derjenige der Doppelzüngigkeit, das heisst, dass die beiden im Westen antisowjetische Romane und im Osten